

**Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), erklärt zu dem gestern Abend im Vermittlungsausschuss gescheiterten energetischen Gebäudesanierungsprogramm:**

**BDEW Bundesverband  
der Energie- und  
Wasserwirtschaft e. V.**  
Reinhardtstraße 32  
10117 Berlin

**Bereich Kommunikation**

Frank Brachvogel  
Pressesprecher  
Telefon  
+49 30 300199-1160  
-1164

Telefax  
+49 30 300199-4190  
presse@bdew.de  
www.bdew.de

Berlin, 13. Dezember 2012 – „Das Scheitern des energetischen Gebäudesanierungsprogramms nach einer endlosen Hängepartie im Vermittlungsausschuss sendet ein fatales Signal an die Verbraucher: Bund und Länder konnten sich bedauerlicherweise nicht darauf einigen, den Kunden beim Energiesparen zu helfen. Stattdessen legt die Politik weiter staatliche Steuern und Umlagen auf alle Stromkunden um. Dies ist jedoch der falsche Weg. Die Grenze der Belastung ist für die Verbraucher erreicht. Der BDEW geht davon aus, dass die staatlichen Steuern und Abgaben am Strompreis im nächsten Jahr erstmalig die Rekordsumme von mehr als 30 Milliarden Euro erreichen werden. Obendrauf kommt noch die Mehrwertsteuer.

Zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende gerade im Bereich Energieeffizienz und Gebäudesanierung, in dem hohe CO<sub>2</sub>-Einsparungen möglich sind, brauchen die Menschen aber dringend Hilfen wie es das gescheiterte Gebäudesanierungsprogramm vorgesehen hat, damit Energie und Kosten gespart werden können. Die Überlegungen, im nächsten Jahr ein Milliardenprogramm über die KfW aufzulegen, sind zwar hilfreich, trotzdem steht der Vorwurf an die Politik, an einem entscheidenden Punkt der Energiewende nicht rechtzeitig zu handeln. Die Energiewirtschaft erwartet von der Politik für die Zukunft Kompromissbereitschaft und konstruktive Lösungen statt bloße Lippenbekenntnisse.“